

Antrag

der AfD-Fraktion

Anreize beseitigen - Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber

Der Landtag stellt fest:

1. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Brandenburg sehen sich aktuell erneut einer hohen Anzahl von illegalen Migranten ausgesetzt.
2. Kommunen und Sozialsysteme sind durch die große Anzahl von Illegalen bereits stark belastet und müssen vor Überlastung oder gar Zusammenbruch bewahrt werden.
3. Die Mehrheit der Bürger wünscht sich ein Ende der Massenmigration.
4. Eine spürbare Reduzierung der Migrantenzahlen ist nur durch die Beseitigung eindeutiger Anreize zu bewerkstelligen, die Deutschland (und seine Gliedstaaten) als Zielland hoch attraktiv für Einwanderer in das Sozialsystem machen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die landesrechtlichen Regelungen zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes, namentlich § 3 LAufnG, dahingehend zu ändern, dass die zuständigen Behörden dazu verpflichtet sind, alle in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Leistungen für Asylbewerber sofort von Geld- auf Sachleistungen umzustellen.
2. sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass die Möglichkeiten zur Gewährung von Sachleistungen für Zuwanderer aus humanitären Gründen, insbesondere für abgelehnte Asylbewerber, bundesgesetzlich ausgeweitet werden.
3. die Landkreise und kreisfreien Städte bei Bedarf umfassend bei der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen zu unterstützen. Hier ist z.B. auch eine Chipkarte möglich, mit der ausschließlich die vorgesehenen Sachleistungen abgerufen werden können.
4. dem Landtag bis Ende des Jahres einen Plan darüber vorzulegen, wie die Verwaltungskosten der Versorgung von Asylbewerbern mit Sachleistungen möglichst gering gehalten werden können.

Begründung:

Insbesondere Deutschland war und ist von der Migrationskrise ab dem Jahr 2015 betroffen.¹ Besonders anschaulich stellte sich dies im Jahr 2016 dar, als Deutschland gar mehr Asylbewerber aufnahm als die ganze restliche EU zusammen.² Doch auch in den Jahren danach war Deutschland noch mit extremem Abstand der Hauptbetroffene der Massenmigration.³ In den letzten Monaten stiegen die Zahlen illegaler Migranten erneut stark an. Bislang seien im Land Brandenburg und allein bis Ende September bereits gut 9000 Personen auf die Kommunen verteilt worden.⁴ Allein in der vorläufigen Erstaufnahme befinden sich im Land Brandenburg knapp 21 000 Personen.⁵

Aus der ganzen Bundesrepublik gibt es mittlerweile Meldungen über massive Überforderungen in den Gemeinden; ein besonders drastischer Fall ist aus Uphal in Mecklenburg-Vorpommern bekannt, wo ähnlich viele Zuwanderer in Containerdörfern angesiedelt werden sollen, wie das Dorf Einwohner hat.⁶ In Franken schlägt sogar ein Landrat von den Grünen mittlerweile Alarm.⁷ Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) am 30. November 2022 wurde von der Landesregierung außerdem berichtet, dass die ukrainischen Kriegsflüchtlinge mittlerweile nur einen geringen Anteil der Ankommenden ausmachten und die meisten aus außereuropäischen Drittstaaten stammten. Zuletzt bewegte sich der Anteil der Ukrainer an der Zuwanderung nach Brandenburg nach Auskunft des Ministeriums im einstelligen Prozentbereich. Dass die starke Migration die Sozialstrukturen enorm belastet, gestand sogar Ministerin Nonnemacher in der Sitzung des ASGIV am 5. Oktober 2023 ein. Es steht somit außer Frage, dass die Migration dringend eingedämmt werden muss. Dies würde sich auch mit den Wünschen der Deutschen decken.⁸

Einer der wichtigsten Hebel zur Eindämmung der Migration ist die Beseitigung der international einzigartigen Pull-Faktoren, welche Deutschland für die Einwanderung ins Sozialsystem so attraktiv machen. Für die Bundesländer bietet sich hier vor allem die Umstellung von Bargeld- auf Sachleistungen für Asylbewerber an. Die Erkenntnis im Hinblick auf die große Problematik der Auszahlung von Bargeldleistungen an Asylbewerber hat sich mittlerweile sogar in der Regierungskoalition auf Bundesebene ausgebreitet.⁹

¹ Vgl. „Deutschland: Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“, in: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/217376/deutschland-verwaltungs-und-infrastrukturkrise/> (15.12.2015), abgerufen am 05.10.2023.

² Vgl. „Asylanträge“, in: https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index_de.html#filter=2016, abgerufen am 05.10.2023.

³ Vgl. „Europäische Union: Anzahl der erstmaligen Asylbewerber* in den Mitgliedstaaten¹² im Jahr 2021“, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459422/umfrage/asylbewerber-in-den-laendern-der-eu/> (März 2022), abgerufen am 13.02.2023; „Deutschland im EU-Vergleich Spitzenreiter: Asylersanträge in EU enorm gestiegen“, in: <https://www.rnd.de/politik/asylantraege-in-deutschland-spitzenreiter-im-eu-vergleich-54-prozent-anstieg-in-der-gesamten-XPZH6YMYXCJYJTSHNZAMXPGUVZA.html> (25.11.2022), abgerufen am 05.10.2023.

⁴ Vgl. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 05.10.2023.

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. „Ein Dorf in Angst“, in: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog> (04.02.2023), abgerufen am 05.10.2023.

⁷ Vgl. „Grüner Landrat will weniger Geflüchtete: Das ‚Wir haben Platz‘ bröckelt“, in: <https://www.tichyseinblick.de/daily-essentials/gruener-landrat-gefluechtete/> (03.02.2023), abgerufen am 05.10.2023.

⁸ Vgl. „Zwei Drittel der Deutschen wollen weniger Geflüchtete aufnehmen“, in: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/ard-deutschlandtrend-bundesregierung-tiefstand-zuwanderung-skepsis> (29.09.2023), abgerufen am 05.10.2023.

⁹ Vgl. „Bund nimmt Länder in die Pflicht“, in: <https://www.tagesschau.de/inland/migration-asyldebatte-sachleistungen-100.html> (04.10.2023), abgerufen am 05.10.2023.

Es werden klare Forderungen an die Bundesländer erhoben, eine diesbezügliche Umstellung endlich zu vollziehen. Sogar Bundesinnenministerin Faeser verwies inzwischen auf diese Möglichkeit. Der FDP-Fraktionsvorsitzende sprach sogar von einem „Ultimatum“ bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023. Als Grund wird z. B. auch genannt, dass Asylbewerber Geldleistungen an ihre Verwandten in ihre Heimatländer schicken können.

Insofern verwundert es nicht, dass sich auch die Mehrheit der Bürger eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber wünscht. Laut einer aktuellen INSA-Umfrage¹⁰ unterstützen dies überwältigende 69 Prozent der Deutschen. Für Geldleistungen waren dagegen gerade einmal acht Prozent.

Die Landesregierung sollte insbesondere in so wichtigen Kernfragen nicht gegen eine derart große Mehrheit und die mittlerweile sogar von der Bundesebene kommenden diesbezüglichen Aufrufe agieren. Sie muss die Leistungen für Asylbewerber deshalb sofort von Geldzahlungen auf Sachmittel umstellen und auch andere Bundesländer zu diesem Schritt bewegen. Da z. B. vom Deutschen Städte- und Gemeindebund schon Kritik am diesbezüglichen Verwaltungs- und Infrastrukturaufwand laut wurde,¹¹ sollte sich die Landesregierung auch über Maßnahmen Gedanken machen, wie die entsprechenden Kosten möglichst klein zu halten sind.

¹⁰ Vgl. „Riesen-Mehrheit GEGEN Geldleistungen für Flüchtlinge“, in: https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neue-umfrage-riesen-mehrheit-gegen-geldleistungen-fuer-fluechtlinge-85615790.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fwww.politikversagen.net%2F (03.10.2023), abgerufen am 05.10.2023.

¹¹ Vgl. „Bund nimmt Länder in die Pflicht“, in: <https://www.tagesschau.de/inland/migration-asyldebatte-sachleistungen-100.html> (04.10.2023), abgerufen am 05.10.2023.